

## Wirtschaft und Politik

### sind sich einig:

- Statt um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geht es nur noch um eine „Bewirtschaftung“
- Senkung der Kosten durch Kürzung und Ausgrenzung von Leistungen
- stärkerer Druck auf die Beschäftigten durch Ausweitung von Niedriglohnssektoren (Mini-/Midi-Jobs, Ich-AGs, Leiharbeit)
- De-Regulierung des Arbeitsmarkts
- Verschlechterung der Lebenslage großer Teile der Beschäftigten



## Die Position der WASG

- Bei Arbeitslosigkeit erhalten die Betroffenen eine **zur Aufrechterhaltung ihres Lebensstandards ausreichende Geldzahlung** aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Diese Unterstützung soll grundsätzlich für drei Jahre gezahlt werden.
- Die Arbeitslosenversicherung soll als **gesetzliche Pflichtversicherung** organisiert werden, zu deren solidarischer Finanzierung auch Selbständige und Beamte beitragen. Die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung soll grundsätzlich aus Beiträgen erfolgen, während zusätzliche Ausgaben der Arbeitsmarktpolitik auch aus Bundesmitteln finanziert werden können.
- Zur Vermeidung von Armut fordern wir für alle Mitglieder der Gesellschaft im Bedarfsfall eine **gesetzliche Mindestsicherung**, die um 20 Prozent über der gegenwärtigen Sozialhilfe/ALG II liegt.
- Die bisherige Regelung von **Einmalbeihilfen** in besonderen Fälle soll fortgeführt werden. Für die Mindestsicherung (Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Altersarmut) sind ca. 15 Mrd. € pro Jahr zusätzlich erforderlich. Die Finanzierung ist eine Angelegenheit der ganzen Gesellschaft und sollte daher aus Steuermitteln erfolgen.

Entscheidend ist die **Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit**. Statt Ausweitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Niedriglohnjobs schlagen wir ein Bündel von Maßnahmen vor:

- Mit einem **öffentlichen Investitionsprogramm** in Höhe von jährlich 40 Milliarden Euro für den Zeitraum von zehn Jahren werden dringende gesellschaftliche Bedarfe gedeckt und etwa 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.
- Zur Ausdehnung öffentlicher Beschäftigung insbesondere in den Bereichen **Bildung, Gesundheit und Kultur** ist ein Betrag von jährlich 30 Milliarden Euro erforderlich, durch den mindestens eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen und zu tariflichen Bedingungen bezahlt werden können.
- Wiederherstellung und in besonderen Problemregionen Aufstockung **einer gezielten und qualifizierten Arbeitsmarktpolitik**, die eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht.
- Einführung einer **Ausbildungsplatzumlage**, um allen Jugendlichen eine qualifizierte und zukunftsorientierte Ausbildung zu ermöglichen.

**Hartz-IV bringt Armut statt Arbeit!**